



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**82,57 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**40,79 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Das aktuelle Klimaschutzprogramm ist völlig unzureichend und muss dringend aktualisiert werden.“

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH, übt Kritik am Bayerischen Klimaschutzprogramm. Laut DUH droht Bayern aufgrund der ausbleibenden Fortschreibung, seine Klimaziele deutlich zu verfehlen.

STUDIEN

Verbände stellen Kraftwerksstrategie infrage

WIND EUROPE

Mehr deutsche Aussteller in Madrid

VERTRIEB

Naturstrom bietet fünf Jahre Preisgarantie auf Strom

Inhalt

TOP-THEMA

→ **RECHT:** Effizienzgesetz verliert Wirkung

POLITIK & RECHT

- **STUDIEN:** Verbände stellen Kraftwerksstrategie infrage
- **RECHT:** Deutsche Umwelthilfe klagt gegen den Freistaat Bayern
- **POLITIK:** Verbandsunterstützung in Netzpaketdebatte
- **REGULIERUNG:** Kritik an Wälzungsentwurf für Netzkosten
- **WASSERSTOFF:** Polen gründet EU-zertifizierten Wasserstoffnetzbetreiber

HANDEL & MARKT

- **WIND EUROPE:** Mehr deutsche Aussteller in Madrid
- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Tonnagesteuer entlastet Windkraftausbau
- **STATISTIK DES TAGES:** Exportvolumen von LNG aus den USA nach Europa
- **H2-PREISINDEX:** Gestehungskosten weiterhin wechselhaft

TECHNIK

- **STUDIEN:** Windkraft erreicht 1,3 Millionen MW weltweit
- **WÄRME:** Bremen plant Fernwärmeanbindung für Innenstadtquartier

→ **KOHLE:** Kohlekraftwerk Wedel soll Mitte 2027 stillgelegt werden

UNTERNEHMEN

→ **VERTRIEB:** Naturstrom bietet fünf Jahre Preisgarantie auf Strom

→ **PERSONALIE:** Kontinuität an der Spitze der BDEW-Landesgruppe Norddeutschland

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Stark schwankende Energiemärkte

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**

→ **STELLENANZEIGEN**

→ **REDAKTION**

→ **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Effizienzgesetz verliert Wirkung



Quelle: Shutterstock

RECHT. Das Energieeffizienzgesetz wird novelliert. Die Deneff kritisiert den neuesten Entwurf scharf. Dieser würde Steuerungsmechanismen systematisch aushöhlen.

Nachdem die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) bereits vor einer Abschwächung des Energieeffizienzgesetzes (EnEFG) gewarnt hatte, legt sie nun noch einmal nach: Die geplanten Änderungen „drohen, zentrale Steuerungsmechanismen der Energiepolitik systematisch auszuhöhlen und so Deutschland noch stärker abhängig von importierten, teuren und unsicheren Energiequellen zu machen“, teilte die Deneff nun mit.

Die Deneff bezieht sich in ihrer Kritik auf den Referentenentwurf zur Novellierung des Energieeffizienzgesetzes (EnEFG), der sich seit Mitte April in der Verbände- und Länderanhörung befindet (wir berichteten). Im Fokus der Kritik steht insbesondere die Streichung der verbindlichen Einsparbeiträge von Bund und Ländern. Sie bilden laut der Deneff bislang die Grundlage für zentrale Förderprogramme in Gebäuden und Wirtschaft. Gleichzeitig sollen etablierte Effizienzstandards deutlich abgeschwächt werden. „Die Novelle ist keine Vereinfachung, sondern ein struktureller Rückbau, der erhebliche Unsicherheiten schafft“, sagte Christian Noll, geschäftsführender Vorstand der Deneff.

Ohne Effizienzsteigerungen seit dem Jahr 2000 läge der Energieverbrauch heute 13 Prozent höher, die Importabhängigkeit wäre statt rund zwei Dritteln bei mehr als 80 Prozent, rechnet die Initiative vor. Mit der geplanten Streichung der Einsparverpflichtungen gehe der Mechanismus verloren, der Energieverbrauch systematisch senke und Abhängigkeiten reduziere. Besonders kritisch sieht die Deneff folgende Punkte im Entwurf:

- **Öffentliche Hand:** Das Einsparziel für die öffentliche Hand wird laut Deneff abgesenkt, Kommunen werden weitgehend ausgenommen, Energiemanagementsysteme von einer Pflicht zu einer Soll-Regelung abgeschwächt. Damit verliert ausgerechnet der Staat seine Steuerungs- und Vorbildfunktion.
- **Unternehmen:** Der Schwellenwert für Energiemanagementsysteme soll von 7,5 auf 23,6 Millionen kWh steigen. Rund 7.800 Unternehmen würden aus der Pflicht fallen. Gleichzeitig werden große Energieverbraucher von der Pflicht zu Umsetzungsplänen entbunden. Ein erheblicher Teil des industriellen Energieverbrauchs wird damit nicht mehr systematisch adressiert, so die Kritik.
- **Abwärme und Rechenzentren:** Die Pflichten zur Vermeidung und Nutzung von Abwärme sollen durch Kosten-Nutzen-Analysen ersetzt werden. Damit würde unter anderem das Abwärmeregister faktisch entwertet werden, so die Deneff. Zudem hält die Deneff es für unklug, gerade bei Rechenzentren Effizienzanforderungen zu reduzieren.

Zwar bleiben die Effizienzziele bestehen, zentrale Instrumente zu ihrer Umsetzung werden jedoch geschwächt oder gestrichen, zieht der Effizienzverband als Fazit. Gleichzeitig erfordern EU-Vorgaben zusätzliche nationale Maßnahmen. Damit wächst laut Deneff nicht nur die Ziellücke, sondern auch das Risiko steigender Kosten und ineffizienter Steuerung und von EU-Strafen.

Die geplante Absenkung und Aufweichung von Einsparpflichten sowie Ausnahmen für Kommunen gefährden Effizienzpotenziale und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Der Verband fordert daher Anpassungen. Nach Ansicht von Deneff sollten insbesondere verbindliche Einsparverpflichtungen, Energiemanagementsystem(EnMS)-Pflichten und eine jährliche Sanierungsquote von 3 Prozent konsequent umgesetzt werden.



Die Stellungnahme der Deneff zum Referentenentwurf des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) als PDF.

Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Deneff

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: alphaspirt / Fotolia

Verbände stellen Kraftwerksstrategie infrage

STUDIEN. Die Kraftwerksstrategie und die geplante Kapazitätsfördermechanismen erfüllen zentrale EU-Kriterien nicht. Das geht aus einer Studie im Auftrag von Branchenverbänden hervor.

Schlechtes Zeugnis für das Bundeswirtschaftsministerium: Sowohl die Kraftwerksstrategie als auch ein zentral geplanter umfassender Kapazitätsfördermechanismus erfüllen in zentralen Punkten nicht die EU-Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (KUEBLL). Zudem seien Pläne aus dem Haus von Katherina Reiche (CDU) "mit erheblichen ökonomischen, regulatorischen und umweltpolitischen Risiken verbunden". Dieses Fazit zieht das Beratungsunternehmen Connect Energy Economics in einer Studie.

In Auftrag gegeben haben sie der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE), die Deutsche Industrie- und Handelskammer, der Leipziger Handelsplatz EEX und der Bundesverband der Energie-Abnehmer (VEA).

Die vom BMWV vorgeschlagene Maßnahmen zielten nicht primär auf die Behebung identifizierte Marktunvollkommenheiten, sondern erzeugte selbst zusätzliche Verzerrungen und Folgekosten, heißt es in dem Papier. „Es lässt sich kein kosteneffizientes Stromsystem anreizen, indem sowohl das Angebot als auch die Nachfrage subventioniert werden. Diese Notwendigkeiten sind vielmehr Ausdruck politisch induzierter Marktverzerrungen“, schreibt Studienautor Marco Nicolosi.

Nach Auffassung von BNE-Geschäftsführer Robert Busch haben die Pläne des BMWV nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Die Studie mache deutlich, so Busch, dass die Annahmen, mit denen Kapazitätssubventionen begründet werden, auf tönernen Füßen stünden. „Der Nachweis von Technologieoffenheit und Wettbewerbsneutralität kann auf Basis derartiger Fehlannahmen, die eher an das Prinzip Hoffnung erinnern, nicht erbracht werden.“ Es sei höchst fraglich, ob die Kraftwerkssubventionen überhaupt rechtssicher eingeführt werden können.

Absicherungspflicht als Alternative

Als Alternative zu einer staatlichen Förderung schlägt der Studienautor eine sogenannte Absicherungspflicht vor. Diese soll Stromlieferanten dazu verpflichten, ihre Liefermengen langfristig

abzusichern, etwa über Terminmärkte oder eigene Erzeugung. „Bis heute sind im Strommarkt noch immer Angebot und Nachfrage zusammengekommen und wir sehen keine Gefahr einer Stromknappheit. Eine Absicherungspflicht setzt eine positive Kettenreaktion in Gang: Sie stärkt den Strommarkt, dämpft Preisspitzen und führt zu niedrigeren Strompreisen“, kommentiert EEX-Chef Peter Reitz.

Zuspruch erhält die Studie von Verbraucherschützern. „Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen bereits heute europaweit mit die höchsten Strompreise. Eine zusätzliche Strompreislage würde sie weiter belasten und zugleich den Umstieg auf strombasierte Technologien unattraktiver machen“, wird Ramona Popp vom Verbraucherzentrale Bundesverband zitiert. Statt zentraler Kapazitätsvorgaben brauche es Anreize, Elektromobilität, Wärmepumpen und Speicher flexibel zu nutzen.

Eva Schreiner vom VEA-Bundesverband verweist auf die gegenwärtigen geopolitischen Auswirkungen auf die Energiemärkte. „Die aktuelle Krise zeigt, dass ein Fokus auf Gas in der Stromproduktion – wie ihn die Kraftwerksstrategie setzt – geeignet ist, Strom- und Gaspreise für die gesamte Industrie unnötig zu erhöhen.“ Sie plädiert für technologische Vielfalt. Das stärke die „Versorgungs- und Preissicherheit“.

Die 135 Seiten umfassende Studie mit dem Titel „**Erforderlichkeit und Geeignetheit von Kapazitätsmechanismen**“ steht auf der Internetseite von Connect Energy Economics zum Download bereit.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Deutsche Umwelthilfe klagt gegen den Freistaat Bayern



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Die Deutsche Umwelthilfe hat Klage gegen Bayern eingereicht. Sie sieht Verstöße gegen das Klimaschutzgesetz und fordert eine rasche Fortschreibung des Klimaschutzprogramms.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat beim Bayerischer Verwaltungsgerichtshof Klage gegen den Freistaat Bayern eingereicht, teilte der Verein am 20. April mit. Hintergrund ist nach Angaben der Organisation die ausbleibende Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, die im Bayerisches Klimaschutzgesetz vorgesehen ist. Die DUH argumentiert, dass Bayern seine gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfülle, obwohl eine deutliche Verfehlung der Klimaziele absehbar sei.

Nach dem Gesetz muss das Programm regelmäßig angepasst werden, um die Zielerreichung sicherzustellen. Die DUH fordert die Bayerische Staatsregierung dazu auf, kurzfristig Maßnahmen nachzulegen. Die Organisation sieht Handlungsbedarf, um die Emissionsminderung bis 2030 sowie die angestrebte Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen.

„Das aktuelle Klimaschutzprogramm ist dafür völlig unzureichend und muss dringend aktualisiert werden. Mit unserer Klage erhöhen wir den Druck auf die Staatsregierung, endlich wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen“, erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

Kritik an fehlender Fortschreibung

Resch bezeichnet die gesetzlichen Vorgaben als verbindlich. Die Organisation verweist darauf, dass das bestehende Programm nicht ausreiche, um die gesetzlich festgelegten Reduktionsziele zu erreichen. Nach ihrer Einschätzung entsteht durch die unterlassene Fortschreibung ein Vollzugsdefizit. Sie fordert von der Staatsregierung unter Führung von Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) eine Anpassung der bestehenden Strategien.

Die Klage gegen Bayern reiht sich in eine Serie von Klagen ein. Bereits im vergangenen Jahr hatte die DUH Verfahren gegen andere Bundesländer angestoßen, darunter Baden-Württemberg und Berlin (wir berichteten). Ziel dieser Klagen ist es, die Einhaltung landesrechtlicher Klimavorgaben gerichtlich überprüfen zu lassen.

Zugleich kritisiert die DUH politische Maßnahmen auf Bundesebene, die aus ihrer Sicht den Emissionsminderungszielen entgegenstehen. Die Organisation sieht darin ein widersprüchliches Signal zur Umsetzung der Klimapolitik. // VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Verbandsunterstützung in Netzpaketdebatte



Quelle: Shutterstock / nitpicker

POLITIK. EnBW und EWE haben Vorschläge für flexible Netzanschlüsse vorgelegt. Branchenverbände BEE und BWE bewerten diese als Diskussionsgrundlage für Anpassungen am geplanten Netzpaket.

Die Energieversorger EnBW und die EWE haben am 16. April Vorschläge für sogenannte Flexible Netzanschlussvereinbarungen (FCAs) vorgestellt (wir berichteten). Laut dem Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) liefern diese Ansätze wichtige Impulse für die Debatte um die Ausgestaltung des geplanten Netzpakets. Darin geht es um die bessere Nutzung der Stromnetze und Anschlusskapazitäten.

Der Verband bewertet die Initiative grundsätzlich positiv. Hintergrund ist ein zuvor bekannt gewordener Gesetzentwurf eines „Netzpakets“, das aus Sicht des BEE erhebliche Nachteile für den Ausbau erneuerbarer Energien mit sich bringen könnte. Neue Vorschläge aus der Branche seien daher geeignet, Alternativen aufzuzeigen und die Diskussion zu versachlichen.

Netzengpässe ausweisen

Ein zentraler Punkt der von EnBW und EWE vorgelegten Überlegungen betrifft den Umgang mit Netzengpässen. Statt jährlich neu definierter „kapazitätslimittierter Netzgebiete“ schlagen die Unternehmen vor, Regionen mit eingeschränkten Anschlussmöglichkeiten frühzeitig und transparent auszuweisen. Grundlage soll eine halbjährliche Simulation sein. Der BEE hält diesen Ansatz für sinnvoll, da er gezieltere Steuerungssignale für Investitionen ermögliche.

Kern des Konzepts ist zudem ein bundesweit einheitlicher Standard für flexible Netzanschlussverträge für Einspeiser erneuerbarer Energien. Standardisierungen könnten laut BEE die Planbarkeit erhöhen und den administrativen Aufwand reduzieren. Gleichzeitig betont der Verband, dass die Verträge wirtschaftlich tragfähig bleiben müssten.

Kritik am Entwurf der Unternehmen

Kritisch sieht der BEE insbesondere die vorgesehene Regelung zur Abregelung von Strommengen. Demnach sollen bis zu 20 Prozent der jährlich erzeugten Energie ohne Entschädigung abgeregelt werden können. In dieser Größenordnung sei dies nicht tragfähig, da es die Investitionssicherheit erheblich beeinträchtige. Der Verband warnt zudem vor zusätzlichen Unsicherheiten durch mögliche negative Strompreise.

Ein zweiter Redispatch-Vorbehalt unter anderem Namen sei nicht zielführend. Unterstützung erhalten die Vorschläge von einem weiteren Branchenverband. Der Bundesverband Windenergie (BWE) begrüßt die Initiative von EnBW und EWE ebenfalls. Die Vorschläge zeigten, dass praktikable Lösungen existierten, um Netzengpässe zu adressieren und gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Energien voranzubringen.

BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek erklärte, dass speziell Ansätze für einen beschleunigten Netzausbau unterstützt würden. Dass Netzbetreiber eigene Alternativen zum Redispatch-Vorbehalt vorlegten, zeige, dass sich das Netzpaket zu einem praxistauglichen Instrument weiterentwickeln lasse. Gleichzeitig verweist der BWE auf rechtliche Risiken zentraler Elemente des bisherigen Gesetzesentwurfs. Zwei vom Verband beauftragte Kurzgutachten kämen zu dem Ergebnis, dass sowohl ein Redispatch-Vorbehalt als auch die Ausweisung kapazitätslimitierter Netzgebiete rechtlich problematisch seien.

Wirtschaftsministerium muss handeln

Vor diesem Hintergrund fordert der Verband die Bundesregierung zum Handeln auf. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) solle den Austausch mit Branche und Netzbetreibern intensivieren. Ein zeitnahe Netzgipfel könne dazu beitragen, praktikable und rechtssichere Konzepte zu bündeln und in ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren zu überführen.

Einigkeit besteht in der Branche vor allem bei der Notwendigkeit, den Netzausbau zu beschleunigen. Der BEE unterstützt Forderungen nach schnelleren Genehmigungsverfahren. In den vergangenen Jahren habe der Ausbau der Netzinfrastruktur nicht mit dem Wachstum der erneuerbaren Stromerzeugung Schritt gehalten. Diese Defizite müssten nun zügig aufgeholt werden. Die bestehende Anreizregulierung für Netzbetreiber sollte aus Sicht des Verbands erhalten bleiben.

Insgesamt zeigen die aktuellen Vorschläge und Stellungnahmen, dass die Branche nach Alternativen zum bestehenden Entwurf des Netzpakets sucht. Ziel bleibt es, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur in Einklang zu bringen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Kritik an Wälzungsentwurf für Netzkosten



Quelle: Shutterstock / nitpicker

REGULIERUNG. Die Bundesnetzagentur hat Vorschläge zur Kostenverteilung im Stromnetz vorgelegt. VKU und BDEW kritisieren den Ansatz in Stellungnahmen und verlangen praxistaugliche Alternativen.

Die Bundesnetzagentur hat mit Orientierungspunkten zur Kostenwälzung im Rahmen des sogenannten Agnes-Prozesses eine Debatte über die zukünftige Netzentgeltsystematik ausgelöst. Ziel der Behörde ist es, die Verteilung der Netzkosten stärker an der tatsächlichen Nutzung auszurichten und damit Fehlanreize zu reduzieren.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) unterstützt diesen grundsätzlichen Ansatz, sieht jedoch erhebliche Defizite in der praktischen Ausgestaltung. Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht in seiner Stellungnahme Änderungsbedarf.

Laut VKU erfüllt das vorgeschlagene Modell zur Kostenwälzung auf Basis von Letztverbrauchermengen den Anspruch der verursachungsgerechten Verteilung nicht. Die Vielzahl an Annahmen und die hohe Komplexität führten dazu, dass reale Netzstrukturen nur unzureichend abgebildet wurden. Statt klarer

Effekte drohten zusätzliche Unsicherheiten, steigender administrativer Aufwand und potenziell verzerrte Ergebnisse. Der Verband hält den Ansatz daher für nicht zielführend.

Praxis unberücksichtigt

Kern der Kritik ist das zugrunde liegende Modell der Bundesnetzagentur. Dieses geht davon aus, dass sich Stromflüsse eindeutig entlang hierarchischer Netzstrukturen zuordnen lassen. In der Praxis entsprechen Verteilnetze laut VKU jedoch häufig nicht dieser vereinfachten, baumartigen Struktur. Vermaschte Netze, parallele Versorgungspfade, Ringschlüsse sowie Rückwirkungen durch dezentrale Erzeugung und Speicher erschweren eine eindeutige Zuordnung von Lasten. Dadurch werde die Grundlage für eine verursachungsgerechte Kostenverteilung unterlaufen.

Der VKU verweist auf eigene Berechnungen, nach denen das Modell in bestimmten Konstellationen sogar gegenteilige Effekte erzeugen könne. Demnach bestehe die Gefahr, dass Netznutzer mit ähnlichen Voraussetzungen unterschiedlich belastet würden. Dies könnte die Akzeptanz der Netzentgelte weiter verringern und neue Fehlanreize setzen. Zudem seien deutliche Umverteilungseffekte zu erwarten, die den ursprünglichen Zielen der Bundesnetzagentur widersprächen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Verband eine umfassende quantitative Analyse der vorgeschlagenen Regelungen. Auswirkungen auf Netzentgelte, regionale Verteilungen und unterschiedliche Spannungsebenen müssten transparent berechnet und offengelegt werden. Ohne diese Grundlage bestehe das Risiko, dass regulatorische Entscheidungen auf Annahmen beruhen, deren Konsequenzen erst im Nachhinein sichtbar würden.

Genauere Analysen notwendig

Auch der BDEW sieht Nachbesserungsbedarf. Laut Verband zeichnen die bislang veröffentlichten Orientierungspunkte kein konsistentes Gesamtbild der künftigen Netzentgeltsystematik. Weder Netzbetreiber noch Netznutzer könnten die Auswirkungen der verschiedenen Ansätze derzeit abschließend bewerten. Der BDEW fordert daher, die zugrunde liegenden Gutachten und Berechnungen zeitnah zu veröffentlichen und erneut zur Diskussion zu stellen.

Inhaltlich äußert der BDEW ähnliche Bedenken wie der VKU. Insbesondere die Annahme eindeutig zuordenbarer Lastflüsse sei in vielen Netzgebieten nicht realistisch. Zudem kritisiert der Verband, dass zentrale Parameter und Datengrundlagen der vorgeschlagenen Modelle nicht ausreichend transparent seien. Dies erschwere eine fundierte Bewertung der möglichen Effekte auf Netzentgelte und Marktstrukturen.

Alternativen vorgeschlagen

Als Alternative bringt der VKU ein stärker kapazitätsbasiertes Modell ins Spiel. Demnach sollten Kosten zwischen Netzbetreibern anhand von gemessener Leistung und bezogener Energie verteilt werden. Ein solches Modell könne laut Verband die tatsächliche Netznutzung besser abbilden und gleichzeitig Umverteilungseffekte begrenzen. Auch der BDEW hält kapazitätsbasierte Ansätze grundsätzlich für geeignet, betont jedoch, dass deren konkrete Ausgestaltung noch offen sei.

Beide Verbände sprechen sich zudem für einen intensiveren Austausch mit der Branche aus. Die Reform der Netzentgelte betreffe zentrale Fragen der Kostenverteilung im Energiesystem und müsse daher praxistauglich umgesetzt werden können. Nach Einschätzung des BDEW besteht aktuell die Gefahr, dass ein komplexes Geflecht aus Einzelregelungen entsteht, das die Umsetzung erschwert.

Die Bundesnetzagentur hat mit der Veröffentlichung der Orientierungspunkte die erste Phase des AgNES-

Prozesses abgeschlossen. Die nun folgende Ausarbeitung konkreter Festlegungen dürfte maßgeblich davon abhängen, inwieweit die Kritik aus der Branche aufgegriffen wird. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Polen gründet EU-zertifizierten Wasserstoffnetzbetreiber



Quelle: Shutterstock / petrmalinak

WASSERSTOFF. Polen hat von der EU grünes Licht für die Gründung des ersten Wasserstoffnetzbetreibers der EU erhalten.

Dies berichten die „Notes from Poland“ unter Berufung auf Mitteilungen von Gaz-System, dem staatlichen Netzbetreiber. Gaz-System wurde entsprechend von der EU-Kommission zertifiziert.

Der polnische Energieminister Milosz Motyka bezeichnete die Entscheidung als Durchbruch für den polnischen Energiemarkt und erklärte, sie biete „ein konkretes Instrument, das dazu beitragen wird, Investitionen in diesem Bereich zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu stärken“. Sein Ministerium hob hervor, dass Gaz-System das erste Unternehmen in Europa sei, das das Zertifizierungsverfahren durchlaufen habe, wodurch Polen „an die Spitze des Wandels“ und „zu einem der führenden Akteure der Energiewende in Europa“ werde.

Polen zählt im Verhältnis zu seiner Größe weiterhin zu den emissionsintensivsten Volkswirtschaften der EU. Das Land ist stark von Kohle zur Stromerzeugung abhängig und hat einen der niedrigsten Anteile an Elektrofahrzeugen im Staatenbund. Der staatliche Energiekonzern Orlen verlagert seinen Fokus jedoch schrittweise weg vom Öl hin zu umweltfreundlicheren Alternativen. 2024 eröffnete er seine erste öffentlich zugängliche Wasserstofftankstelle für Pkw und Busse. Im Februar dieses Jahres folgte die fünfte Anlage.

400 Millionen Euro von EU für Wasserstoffprojekte

Im vergangenen Jahr sicherte sich Orlen 1,7 Milliarden Zloty (umgerechnet etwa 400 Millionen Euro) an EU-Fördermitteln für den Ausbau seiner Wasserstoffprojekte. Das Unternehmen plant, bis 2035 eine Produktionskapazität von 900 MW Wasserstoff aufzubauen, größtenteils in Polen. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts will Orlen zum regionalen Marktführer im Bereich Wasserstoffinfrastruktur aufsteigen.

az-System besitzt noch kein Wasserstofftransportnetz, erklärte jedoch, dass die EU-Kommission dies angesichts des aktuellen Entwicklungsstands des Wasserstoffmarktes nicht als Hindernis für die Zertifizierung ansehe. Die Zertifizierung bestätigt die Einhaltung der EU-Vorschriften zur Trennung von Transportnetzbetreibern und Energieerzeugung und -vertrieb, im Einklang mit einer positiven Bewertung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom letzten Monat.

Zu den nächsten Schritten gehört die Vorlage eines Zehnjahresplans für den Netzausbau durch Gaz-System und die Einholung einer endgültigen Entscheidung der polnischen Energieregulierungsbehörde (URE). Das Unternehmen hofft außerdem, dass die Zertifizierung „zukünftige Betreiber in die Lage versetzen wird, Wasserstoffnetze zu planen, zu finanzieren und zu bauen, was für das rasante Wachstum dieses Sektors in Europa entscheidend ist“. // VON MARTIN KLINGSPORN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Wind Europe 2026

Mehr deutsche Aussteller in Madrid

WIND EUROPE. Der Windindustrie- und Wasserstoffverband (WAB) organisiert in Madrid den deutschen Auftritt zur Wind Europe 2026. 24 Aussteller aus Deutschland präsentieren sich im „German Pavilion“.

Der WAB präsentiert vom 21. bis 23. April den „German Pavilion“ auf der Wind Europe 2026 in Madrid. Laut WAB stellen dort 24 deutschen Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen vor. Damit erreiche der Gemeinschaftsstand im Rahmen des Auslandsmesseprogramms des Bundes einen neuen Höchstwert an beteiligten Ausstellern.

Der europäische Branchenverband Wind Europe veranstaltet die Leistungsschau der Windkraftbranche. Er erwartet nach eigenen Angaben mehr als 16.000 Besucher sowie über 600 Aussteller. Die Messe wird von einem Konferenzprogramm begleitet, das aktuelle Entwicklungen der Branche aufgreift.

Europas Windkraft wächst

Nach Angaben von Wind Europe wurden im vergangenen Jahr europaweit 19.100 MW neue Windenergiekapazität installiert, davon 2.000 MW im Offshore-Bereich. Deutschland habe mit 5.700 MW rund 30 Prozent der Neuinstallationen gestellt. Insgesamt beläuft sich die installierte Windleistung in Europa damit auf 304.000 MW. Für die kommenden Jahre rechnet der Verband mit einem weiteren Ausbau und prognostiziert zusätzliche 151.000 MW bis zum Jahr 2030.

Markus Nölke, Geschäftsführer der WAB, bewertet diese Entwicklung als Zeichen für Fortschritte beim Ausbau der Windenergie. Insbesondere die Onshore-Windenergie entwickle sich stabil, während auch Offshore-Projekte zunehmend an Dynamik gewannen. Nölke verweist zudem auf internationale Beispiele wie Großbritannien und Dänemark, wo angepasste Ausschreibungsbedingungen kurzfristig zu mehr Investitionen geführt hätten. Für Deutschland fordert er vergleichbare Rahmenbedingungen.

Im Kontext geopolitischer Entwicklungen betont Nölke die Bedeutung erneuerbarer Energien für die Versorgungssicherheit. Die Messe in Madrid biete der Branche eine Plattform, um aktuelle Herausforderungen zu diskutieren und Lösungsansätze auszutauschen.

Am Gemeinschaftsstand organisiert die WAB ein begleitendes Programm. Dazu zählt unter anderem eine „Speakers Corner“, auf der Fachvorträge zu Branchenthemen stattfinden. Für den 22. April ist ein Empfang am Stand geplant. Erwartet wird dort auch der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Frank Wetzel.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Klimadialoge“ sollen im Rahmen der Messe Beiträge unter anderem von Unternehmen wie Siemens Gamesa und Iberdrola sowie von Wind Europe und dem BMWI stattfinden. Die WAB sieht den „German Pavilion“ als Möglichkeit, die gesamte Wertschöpfungskette der Windenergie abzubilden. Gleichzeitig dient die Messe laut Verband dazu, internationale Kontakte zu vertiefen und die Rolle deutscher Unternehmen im europäischen Marktumfeld zu stärken.

Informationen zur [Wind Europe 2026](#) stehen im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Tonnagesteuer entlastet Windkraftausbau



Quelle: Georg Eble

WINDKRAFT OFFSHORE. Die Bundesregierung will für Transporte zu Offshore-Anlage künftig nicht mehr die Gewerbesteuer, sondern eine Tonnagepauschale erheben. Dies entlaste die Reeder um rund dreißig Prozent.

Die Stiftung Offshore Windenergie und der Bundesverband Windenergie (BWE) begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung, die Tonnagesteuer auf Schiffe des Offshore-Windsektors auszuweiten. Dies hatte der Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus, Christoph Ploß, in einem Interview in der Welt am Sonntag angekündigt. Ploß bezeichnete diesen Schritt als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

In Deutschland kommt im Offshore-Wind-Bereich aktuell die reguläre Gewerbesteuer zur Anwendung. So entstehe ein Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen europäischen Ländern und Standorten von rund 30 Prozent, da die Tonnagesteuer als für die Reeder günstigeres Pauschalbesteuerungsverfahren dort im Regelfall bereits in Kraft ist. In der Folge kommen derzeit häufig ausländische Schiffe zum Einsatz oder deutsche Reeder weichen auf Basishäfen in europäischen Nachbarstaaten aus. Dies habe direkte Auswirkungen auf Wertschöpfung, Beschäftigung und industrielle Entwicklung in Deutschland.

Verbände sehen wichtiges Signal

„Die Ankündigung der Bundesregierung ist ein wichtiges und richtiges Signal für mehr heimische maritime Wertschöpfung im Bereich der Offshore-Windenergie in Deutschland“, reagierte Karina Würtz, Geschäftsführerin der Stiftung Offshore Windenergie. Die Ausweitung trage dazu bei, strukturelle Nachteile zu beheben. „Bislang sind deutsche Reedereien bei der Auftragsvergabe in der Offshore-Logistik hierdurch schlicht nicht zum Zuge gekommen“, sagte Würtz. Die Offshore-spezifische Flotte sei in Deutschland aus diesem Grund deutlich kleiner als die der Nachbarländer.

Mit den nun angekündigten Änderungen könne die deutsche Offshore-Branche ihre Stärken besser ausspielen. Neben den direkten Verbesserungen in der Schifffahrt profitierten auch vor- und nachgelagerte Bereiche wie Hafenlogistik, Wartung und Reparatur, Versorgung, sowie Dienstleistungen entlang der gesamten Offshore-Wertschöpfungskette gegenüber der Konkurrenz aus Dänemark und den Niederlanden, hofft sie.

Auch aus Sicht des Bundesverbands Windenergie (BWE) ist die Maßnahme von Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Windenergiebranche. BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung als wichtiges Signal für den Windenergiestandort Deutschland. „Jetzt kommt es darauf an, die Regelung zügig und praxisnah umzusetzen“, forderte Heidebroek.

Hintergrund Tonnagesteuer

Fast alle der über 30 in deutschen Gewässern betriebenen Offshore-Windparks befinden sich in der sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ, 200 Seemeilen-Zone). Auch das Gros des geplanten Offshore-Ausbaus findet dort statt. Da Schiffsbewegungen von deutschen Häfen in die AWZ und zurück nach aktuellem deutschen Recht nicht als internationaler Verkehr gelten, sind Schiffe im dortigen Einsatz für Versorgung, Bau, Betrieb und Wartung der Offshore-Windparks derzeit von der Tonnagesteuer ausgeschlossen. Die Anerkennung ist nach deutschem Steuerrecht jedoch eine Voraussetzung für die Ausweitung.

Die Tonnagesteuer ist dabei keine Steuer im eigentlichen Sinne, sondern ein pauschales Gewinnermittlungsverfahren für Schifffahrtsunternehmen. Reedereien versteuern ihre Gewinne basierend auf der Schiffsgröße (Nettoraumzahl) statt des tatsächlichen Gewinns. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

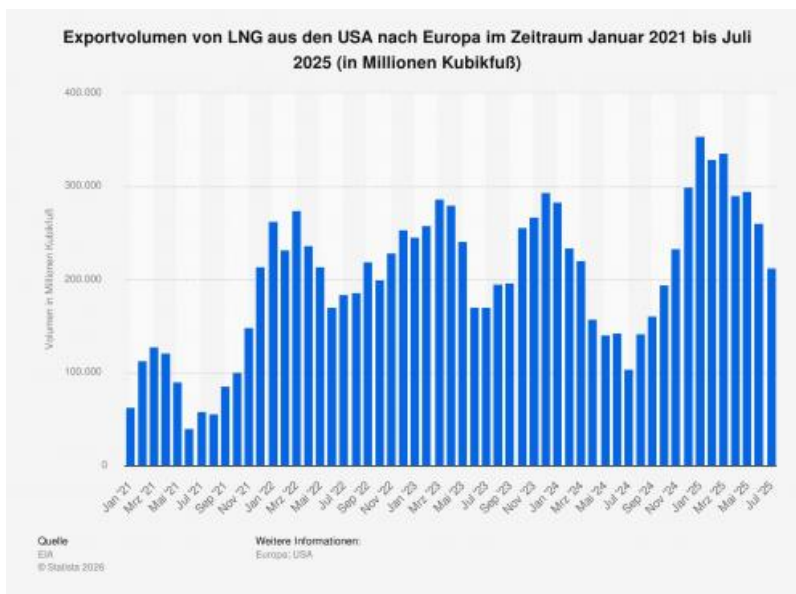
[^ Zum Inhalt](#)

Exportvolumen von LNG aus den USA nach Europa



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Juli 2025 exportierten die USA rund 212 Milliarden Kubikfuß an flüssigem Erdgas – LNG – nach Europa. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren die LNG-Exporte höher. Im Jahr 2021 waren die USA bereits der

größte Lieferant von LNG für Europa. Der Statistik ist des Weiteren zu entnehmen, dass das Exportvolumen seit Beginn des Krieges in der Ukraine erkennbar zugenommen hat. // VON REDAKTION

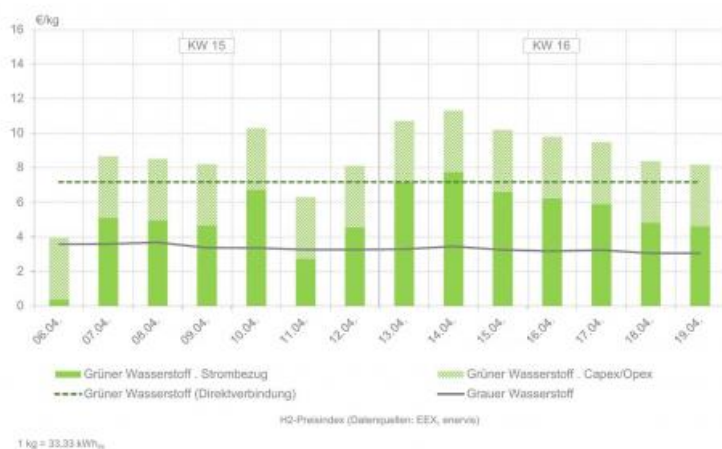
[^ Zum Inhalt](#)

Gestehungskosten weiterhin wechselhaft



Quelle: E&M / Shutterstock, wanpatsorn

H2-PREISINDEX. Grüner Wasserstoff ist bisher nicht marktreif. Wie sich der Preisvergleich zum grauen Wasserstoff darstellt, zeigt der H2-Preisindex von Enervis und E&M alle zwei Wochen.



Der H2-Preisindex für die Kalenderwochen 15 und 16

(Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: enervis energy advisors GmbH / EEX

Die Gestehungskosten für strommarktbasierteren grünen Wasserstoff sind in den vergangenen Wochen weiterhin wechselhaft geblieben. Das Zweiwochenhoch lag bei 11,31 Euro pro Kilogramm, das Zweiwochentief bei 3,94 Euro pro Kilogramm. Im Wochenmittel ist der Preis von 7,71 auf 9,72 Euro pro Kilogramm gestiegen.

Die Gestehungskosten für grauen Wasserstoff bewegten sich im Wochenverlauf zwischen 3,04 und 3,67 Euro das Kilogramm. Das Preisniveau lag damit weiterhin konstant unterhalb des strommarktbasierteren Wasserstoffs sowie der Insellösung aus Erneuerbaren-Energie-Anlage und Elektrolyseur.

Legende zum H2-Preisindex

- **Grüner Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Strompreisen am Spotmarkt, Herkunftsnachweisen* für die jeweiligen Strommengen sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grüner Wasserstoff (Direktverbindung):** Gestehungskosten als Benchmark auf Basis von grünem Bezugsstrom einer netzentkoppelten Erneuerbaren-Anlage sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage

- **Grauer Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Erdgaspreisen am Spotmarkt, Preisen für CO2-Zertifikate sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Erdgas-Dampfreformierungsanlage

*Die Anforderungen der Bundesregierung an grünen Wasserstoff werden über die 37. BImSchV an die Anforderungen der Europäischen Union angepasst. Zukünftig müssen die Kriterien der Zusätzlichkeit sowie der zeitlichen / geografischen Korrelation für die Produktion erfüllt sein.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: GWEC

Windkraft erreicht 1,3 Millionen MW weltweit

STUDIEN. Die Windbranche hat weltweit 165.000 MW neue Kapazitäten installiert, so der Global Wind Report 2026. In Zeiten geopolitischer Krisen sichere dies den steigenden Strombedarf.

Der globale Energiesektor der Windkraft hat nach Angaben des Global Wind Energy Council (GWEC) 2025 weltweit 165.000 MW neue Leistung installiert. Der Ausbau erfolgte in einem Umfeld geopolitischer Spannungen, wachsender Stromnachfrage und anhaltender Unsicherheiten in fossilen Energiemärkten. Der GWEC veröffentlichte am 20. April seinen Weltbericht des Jahres.

Besonders die Eskalation im Nahen Osten und die zeitweise eingeschränkte Schifffahrt durch die Straße von Hormus haben laut Bericht die Abhängigkeit vieler Volkswirtschaften von fossilen Energieträgern erneut sichtbar gemacht.

Unterbrechungen in Lieferketten, Preissprünge und wirtschaftliche Folgewirkungen traten in mehreren Regionen gleichzeitig auf. Damit zeigt sich nach Einschätzung des Berichts ein strukturelles Problem, das bereits seit den Ölkrisen der 1970er Jahre besteht: stark konzentrierte und international gehandelte fossile Brennstoffe erhöhen die Verwundbarkeit der Energiesysteme.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Windenergie als Bestandteil moderner Stromsysteme weiter an Bedeutung. Sie gilt laut Bericht als eine der wenigen erneuerbaren Technologien, die bereits heute in großem Maßstab verfügbar ist und zugleich geografisch flexibel eingesetzt werden kann. In vielen Ländern unterstützt sie den Ausbau industrieller Kapazitäten, die Digitalisierung und den wachsenden Bedarf an stabiler Stromversorgung.

Fortgesetztes Ausbautempo

Die Entwicklung im betrachteten Zeitraum zeigt eine fortgesetzte Expansion der installierten Leistung. Die weltweit installierte Windkraftkapazität stieg laut Global Wind Report auf 1,3 Millionen MW. Regierungen setzten zunehmend auf heimische erneuerbare Energien, um Importabhängigkeiten zu reduzieren und Versorgungssicherheit zu stärken. Insgesamt werden nach Angaben des Berichts inzwischen 138 Länder zumindest teilweise durch Windenergie versorgt.

Auch der Ausbau im Jahr 2025 verdeutlicht die Dynamik des Sektors. In 57 Ländern wurden 28.395 Windkraftanlagen neu installiert. Der Schwerpunkt des Zubaus lag weiterhin auf Onshore-Projekten, die in vielen Märkten als wirtschaftlich besonders relevant gelten.

Regional treiben vor allem China, die USA und Indien den Ausbau voran. In diesen Ländern steigt der Strombedarf unter anderem durch industrielle Produktion, digitale Infrastruktur und neue Fertigungstechnologien. Der Bericht verweist darauf, dass insbesondere der Ausbau von Rechenzentren, elektrifizierten Prozessen und industrieller Automatisierung die Nachfrage nach zusätzlicher, verlässlicher Stromerzeugung erhöht.

Fossile Brennstoffe bleiben unsicher

Gleichzeitig bleibt der Markt von externen Faktoren beeinflusst. Volatile Preise für fossile Brennstoffe, Unsicherheiten bei Rohstoffkosten und logistische Engpässe wirken sich weiterhin auf Energieinvestitionen aus. Der Windsektor entwickelt sich laut Bericht dennoch stabil weiter, da Projekte zunehmend langfristig in nationale Energie- und Industriestrategien eingebunden werden.

Für die weitere Entwicklung nennt der Global Wind Report mehrere zentrale Bedingungen. Dazu zählen unter anderem der Ausbau von Netzinfrastruktur, schnellere Genehmigungsverfahren und stabile Investitionsrahmen. Nur wenn diese Faktoren zusammenspielen, könne der Ausbau in einem Tempo erfolgen, das mit der wachsenden Stromnachfrage Schritt hält.

Der Bericht ordnet den Windsektor damit als zunehmend systemrelevanten Bestandteil der globalen Stromversorgung ein. Er verbindet Energieerzeugung mit Fragen der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und der Versorgungssicherheit in einem Umfeld, das weiterhin von geopolitischen Unsicherheiten geprägt bleibt.

Der **Windkraft Report 2026** steht auf der Internetseite des GWEC zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bremen plant Fernwärmeanbindung für Innenstadtquartier



Quelle: Pixabay / clausjuntke

WÄRME. Die Bremer SWB und die stadteigene Entwicklungsgesellschaft „BRESTADT“ haben eine Absichtserklärung zum Anschluss weiterer Neubauten in der Bremer Innenstadt unterzeichnet.

Der Bremer Energiedienstleister SWB AG und die Brestadt GmbH wollen das Quartier „Bremer Hof“ an die Fernwärme anschließen. Nun wurde eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet, teilte die SWB mit. Die Vereinbarung betrifft die Neubauten auf dem Gelände des Parkhaus Mitte sowie des ehemaligen Horten-Kaufhauses in der Bremer Innenstadt.

Die Partner schaffen damit eine Grundlage für die weitere Planung des Fernwärmenetzausbaus im Zentrum. Das Vorhaben soll zur strukturellen Umstellung der Wärmeversorgung beitragen und die Integration größerer Liegenschaften in das Netz ermöglichen.

Das Quartiersprojekt „Bremer Hof“ liegt in der Innenstadt der Hansestadt. Am Standort des heutigen Parkhaus Mitte solle ab 2027 ein gemischt genutztes Quartier mit Wohnen, Arbeiten, Kultur und

öffentlichen Räumen entstehen. „Mit dem Ausbau der Fernwärme in der Bremer Innenstadt schaffen wir die Infrastruktur für eine klimaschonende Wärmeversorgung. Gerade größere Liegenschaften können damit ihren CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren“, wird Alexander Kmita in der Mitteilung zitiert, Geschäftsführer SWB Vertrieb. Der Bremer Hof sei dafür ein wichtiges Beispiel.

Das geplante Konzept „Fernwärme Plus“ sieht eine Kombination aus Wärme- und Kälteversorgung vor. Dabei nutzen die Betreiber Abwärme aus der Kälteerzeugung für die Versorgung der Gebäude. In Zeiten mit hohem Kühlbedarf kann überschüssige Wärme in das Fernwärmenetz eingespeist werden. Dieses Modell zielt auf eine stärkere Nutzung vorhandener Energieflüsse im Quartier ab. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Kohlekraftwerk Wedel soll Mitte 2027 stillgelegt werden



Quelle: Pixabay / Monika

KOHLE. Das Kohlekraftwerk Wedel soll bis Ende des Jahres Wärme erzeugen und dann in die Reserve gehen. Die Stilllegung ist bis zum 1. Juli 2027 beantragt, so die Hamburger Energiewerke.

Zuletzt hatten die Energiewerke Ende September vergangenen Jahres erklärt, die Ablösung des Kraftwerks verschiebe sich bis Ende 2026. Jetzt hieß es, Ende März sei ein Antrag auf Stilllegung gestellt worden. Die Bundesnetzagentur, der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz und die Hamburger Energienetze seien über die „Stilllegungsabsicht“ informiert worden.

Ende 2026 soll den Angaben zufolge der Energiepark Hafen in Betrieb sein und das Kohlekraftwerk ersetzen. Kern des Energieparks ist ein neues Gaskraftwerk auf der Halbinsel Dradenau. „Sobald die Gas- und Dampfturbinenanlage reibungslos läuft und die Hamburgerinnen und Hamburger verlässlich mit Wärme versorgt, wird das Kraftwerk Wedel von den Hamburger Energiewerken nicht mehr für die Fernwärmeversorgung benötigt“, hieß es in der Mitteilung.

Eine Sprecherin der Energiewerke betonte, dass das Heizkraftwerk Ende 2026 in die sogenannte Konservierung gehe. Von diesem Moment an sei es nicht mehr in Betrieb und verbrenne auch keine Kohle mehr. Es stehe jedoch weiterhin als Back-up für die neue Gas- und Dampfturbinenanlage zur Verfügung. Mit einem Aufwand von mehreren Wochen könnte es wieder angefahren werden.

Wedel zählt zu den ältesten Kraftwerken Deutschlands

Wedel zählt zu den ältesten Kraftwerken Deutschlands. Die Stadt Hamburg hatte das in den 1960er Jahren von den Hamburger Electricitäts-Werken (HEW) erbaute Kraftwerk 2019 im Zuge des Fernwärmerückkaufs vom Energiekonzern Vattenfall zurückerworben. Eigentlich sollte die Anlage schon 2013 abgeschaltet werden, was sich aber wegen immer wieder geänderter Pläne und der Übernahme durch die Stadt Hamburg wiederholt verzögerte.

Der Energiepark Hafen ist den Angaben zufolge ein sogenannter modularer Erzeugerpark, der verschiedene klimaneutrale Wärmequellen wie Abwärme aus der Industrie und thermische Abfallverwertung sowie Abwasserwärme einbinden soll. Zentrale Komponente sei die neue Gas- und Dampfturbinen-Anlage, die im Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess betrieben werde. Als Brennstoff wird Erdgas genutzt werden. Es soll teilweise durch grünen Wasserstoff ersetzt werden können, sofern er verfügbar ist. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Gundula Vogel

Naturstrom bietet fünf Jahre Preisgarantie auf Strom

VERTRIEB. Kunden können einen Tarif mit einer Laufzeit bis Ende 2030 buchen. Der Preis für die Strombeschaffungskosten bleibt über die Laufzeit hin gleich.

Beim Tarif „naturstrom fix 2030“ ist der Name Programm: Ab sofort bietet die Düsseldorfer Naturstrom AG einen Ökostrom-Tarif mit „außergewöhnlich langer Garantie des Energiepreises“ an, so das Unternehmen in einer Mitteilung.

Konkret sind die Kosten für die Strombeschaffung – sie machen rund ein Drittel des Arbeitspreises aus – für die Vertragslaufzeit bis Ende 2030 festgelegt. Andere Preisbestandteile wie Steuern, Umlagen, Abgaben und Netzentgelte können sich hingegen weiterhin ändern, weshalb Naturstrom von einer eingeschränkten Preisgarantie spricht.

Laut Angaben auf der Unternehmenswebsite liegt der Grundpreis bei 13,90 Euro pro Monat, der Arbeitspreis beträgt 31,90 Cent/kWh. Der Tarif umfasst eine Mindestvertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2027, während die eingeschränkte Preisgarantie bis zum 31. Dezember 2030 reicht.

Wie bei allen Produkten des Anbieters stammt auch der Strom von „naturstrom fix 2030“ zu 100 Prozent aus einem Mix erneuerbarer Energien aus Deutschland. Bereits Anfang des Jahres hatte Naturstrom den Tarif „naturstrom fix“ eingeführt, der eine Festlegung der Strombeschaffungskosten bis Ende 2027 vorsieht.

Ein weitere Merkmal bleibt der zusätzliche Beitrag zur Energiewende. Pro verbrauchter Kilowattstunde fließt ein Cent in neue Projekte für erneuerbare Energien. Dieses Modell ist mit dem „Grüner Strom“-Label zertifiziert, das unter anderem von den Umweltverbänden BUND und Nabu getragen wird.

„Die aktuelle Energiekrise ist die zweite innerhalb weniger Jahre. Das verunsichert viele Verbraucher und Verbraucherinnen“, sagte Oliver Hummel, Vorstandsvorsitzender der Naturstrom AG. „Mit dem Tarif Naturstrom fix 2030 bieten wir all jenen ein attraktives Angebot, die sich mehr Planbarkeit und Sicherheit wünschen.“ // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Kontinuität an der Spitze der BDEW-Landesgruppe Norddeutschland



Quelle: Björn Nolte

PERSONALIE. Die regionale Vertretung im Norden des größten deutschen Energieverbands hat ihren Landesgruppenvorstand für weitere zwei Jahre bestätigt.

Die BDEW-Landesgruppe Norddeutschland hat in ihrer jüngsten Sitzung ihren neuen Landesgruppenvorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt. Die Landesgruppe umfasst derzeit rund 395 Unternehmen in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Dem Vorstand gehören insgesamt 35 Mitglieder aus dem Kreis der Mitgliedsunternehmen an.

Als Landesgruppenvorsitzender im Amt bestätigt wurde Dr. Jörg Teupen, Vorstand Technik und Personal der Stadtwerke Kiel AG. Er wird für die kommenden zwei Jahre auch weiterhin dem Fachvorstand Energie der Landesgruppe vorstehen.

Als Fachvorstandsvorsitzender Wasser wurde Torsten Fischer, Geschäftsführer der Stadtwerke Steinburg GmbH, bestätigt. Christian Meyer-Hammerström, Geschäftsführer der Osterholzer Stadtwerke GmbH & Co. KG, wurde als Vorsitzender des Fachvorstandes KMU bestätigt. Beide nehmen im neuen Vorstand auch die Funktion als Stellvertreter des Landesgruppenvorsitzenden wahr.

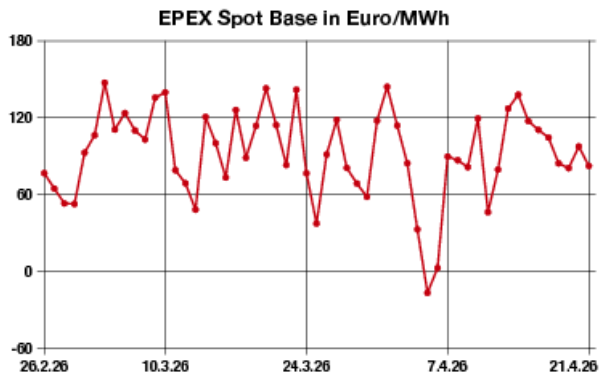
Teupen: „Die Veränderungen in der Energie- und Wasserwirtschaft bieten viele spannende Themen und Herausforderungen. Die Geschwindigkeit dabei ist hoch. In dieser Zeit ist der BDEW der Ort, an dem technische Realität, wirtschaftliche Vernunft und politische Zielsetzungen zusammengebracht werden. Nicht laut, nicht populistisch – sondern fachlich, belastbar und verantwortungsvoll.“

// VON STEFAN SAGMEISTER

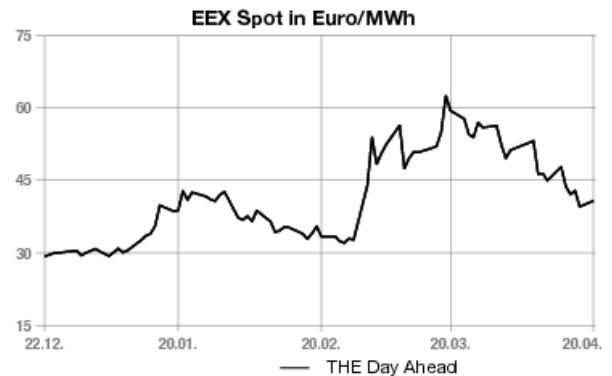
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Stark schwankende Energiemärkte



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Mit starken Schwankungen reagieren die Energiemärkte auf das Hin und Her um die Straße von Hormus. Hatte es am Freitag noch so ausgesehen, als stünden die Zeichen auf vorsichtige Entspannung, so erscheint nun, nach der erneuten Schließung der Meerenge durch Iran und der Beschlagnahme eines iranischen Schiffes durch US-Militär, eine weitere Eskalation als das wahrscheinlichere Szenario. Entsprechend reagierten Öl und Gas mit Preisaufschlägen, während CO₂ deutlich nachgab. Strom zeigte sich ebenfalls leichter. Nach Ansicht von Analysten steckt jedoch trotz der aktuellen Verteuerung in den aktuellen Öl- und Gaspreisen noch immer eine Menge Optimismus, dass sich die USA und der Iran auf ein baldiges Kriegsende verständigen werden. Der Iran bereitet derzeit indessen laut eigenen Angaben keine zweite Verhandlungsrunde mit den USA vor. Ein Sprecher des Außenministeriums in Teheran gab an, die Vereinigten Staaten hätten gezeigt, dass sie es mit der Diplomatie nicht ernst meinten.

Strom: Leichter hat sich am Montag der deutsche OTC-Strommarkt gezeigt. Der Day-ahead kostete im Base 82,75 Euro je Megawattstunde und im Peak 51,00 Euro je Megawattstunde. Der Montag selbst war am Freitag an der Börse mit 96 Euro je Megawattstunde bewertet worden. Börslich wurden am Montag für die Grundlast 82,57 Euro ermittelt und für die Spitzenlast 50,79 Euro. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den zweiten Tag der Arbeitswoche 26,9 Gigawatt an Einspeiseleistung von Wind und Solar, für den Berichtstag hatte der Wetterdienst 30 Gigawatt vorhergesagt. Auch an den Folgetagen dürften laut den Meteorologen von Eurowind die Erneuerbaren-Einspeiseleistung recht hoch ausfallen. Für den Donnerstag prognostiziert Eurowind mit 37,6 Gigawatt den höchsten Wert im Wochenverlauf. Die Temperaturen sollen sich um das saisonale Durchschnittsniveau einpendeln.

Am langen Ende verlor das Frontjahr um 1,51 auf 88,21 Euro.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Montag präsentiert. Der Dec 26 zeigte sich gegen 13.25 Uhr mit einem Minus von 1,59 auf 75,87 Euro je Megawattstunde, weil Marktteilnehmer wegen der stockenden Friedensgespräche zwischen den USA und Iran wieder vermehrt auf Stagflationstendenzen als Folge des Kriegs abstellen. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,7 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 76,95 Euro, das Tief bei 75,61 Euro. Die Analysten von Vertis verweisen auf den Verfall von Optionen am Mittwoch und auf die Veröffentlichung des AcceleratorEU-Pakets als wichtige Termine in der laufenden Woche. Vertis rechnet mit einer Seitwärts-Aufwärts-Bewegung als wahrscheinlichste Entwicklung im

Wochenverlauf und mit Widerstand um die Marke von 80 Euro.

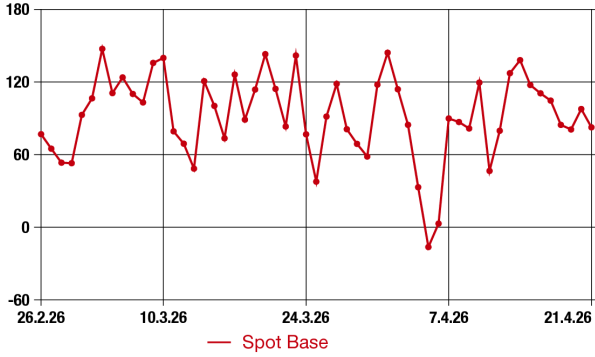
Erdgas: Fest zeigte sich am Montag der europäische Erdgasmarkt. Der Frontmonat Mai am niederländischen TTF legte bis 13.25 Uhr um 1,300 auf 40,350 Euro je Megawattstunde zu. Am deutschen THE gewann der Day-ahead 1,950 auf 41,550 Euro. Händler verweisen auf die erneute Sperrung der Straße von Hormus durch Iran als Grund für die höheren Preise. Zudem haben die USA ein iranisches Schiff aufgebracht. Die Zugewinne sind jedoch limitiert. Zwar stehe Europa im Wettbewerb mit Asien um LNG, doch erweise sich die asiatische Nachfrage derzeit als gedämpft. Der Gasfluss aus Norwegen ist unterdessen deutlich vermindert und beträgt für den aktuellen Montag infolge geplanter Wartungsarbeiten in größerem Umfang nur recht schwache 303,5 Millionen Kubikmeter. // **VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN**

[^ Zum Inhalt](#)

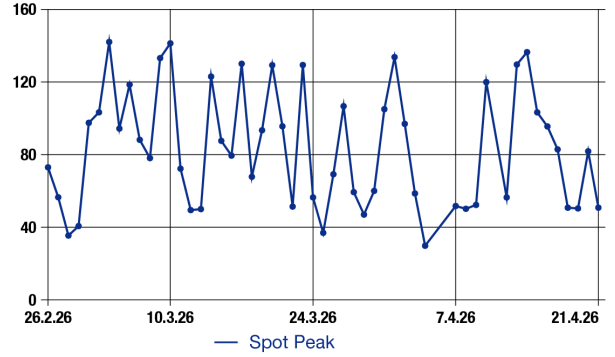
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

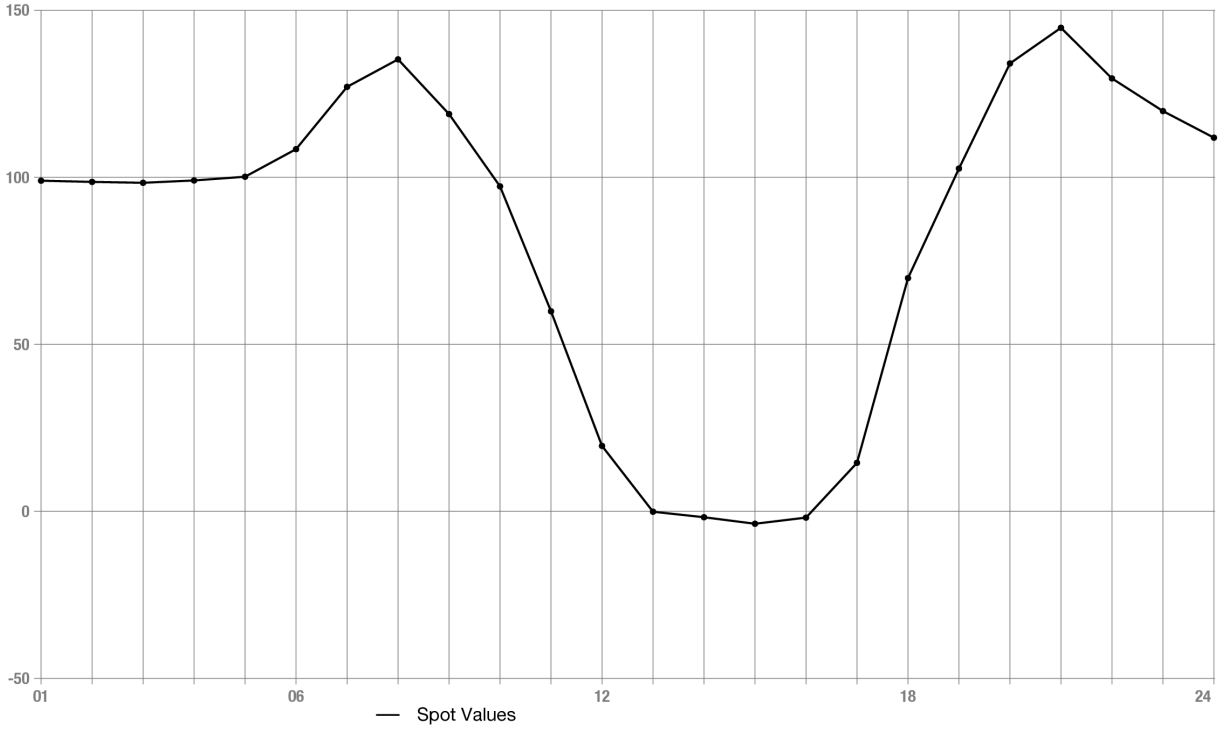
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

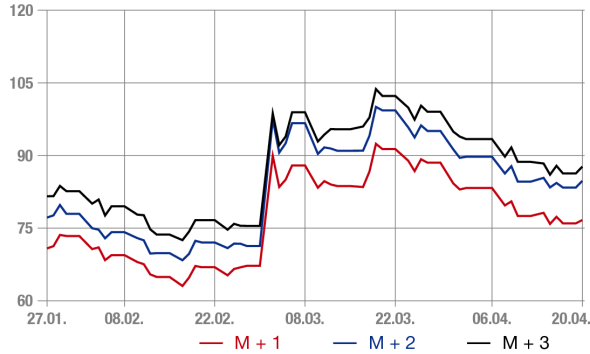
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mai-2026	76,66
M2	German Power Jun-2026	84,76
M3	German Power Jul-2026	87,70
Q1	German Power Q3-2026	90,45
Q2	German Power Q4-2026	105,72
Q3	German Power Q1-2027	102,86
Y1	German Power Cal-2027	88,84
Y2	German Power Cal-2028	77,68
Y3	German Power Cal-2029	72,90

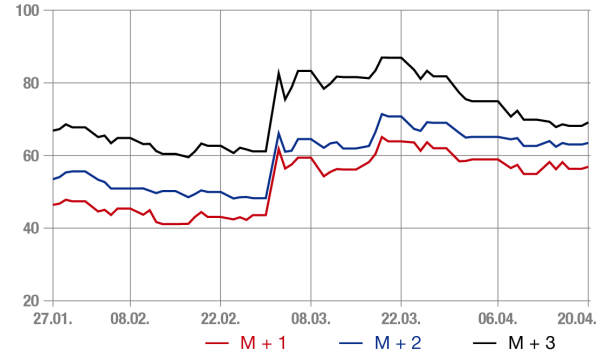
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mai-2026	56,89
M2	German Power Jun-2026	63,45
M3	German Power Jul-2026	69,10
Q1	German Power Q3-2026	80,22
Q2	German Power Q4-2026	128,78
Q3	German Power Q1-2027	120,62
Y1	German Power Cal-2027	93,69
Y2	German Power Cal-2028	83,55
Y3	German Power Cal-2029	79,85

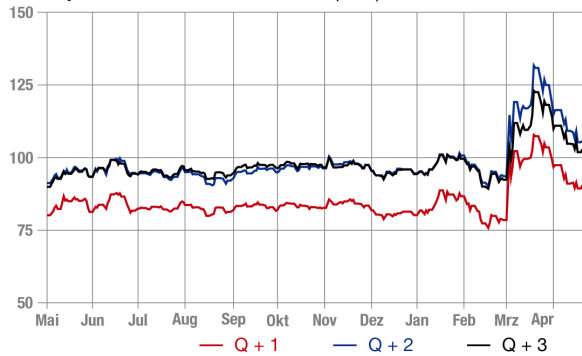
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



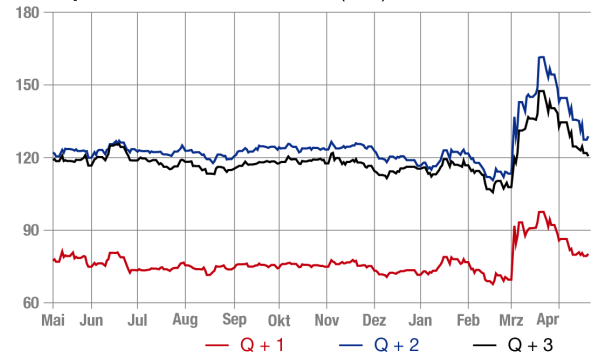
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



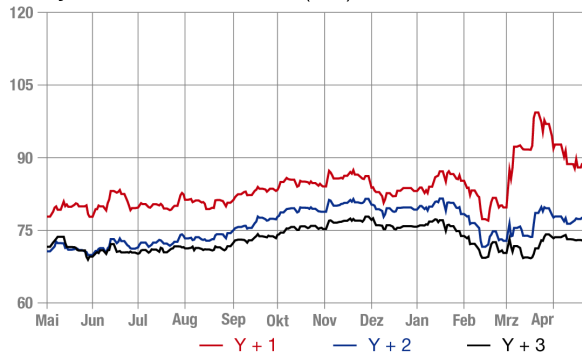
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



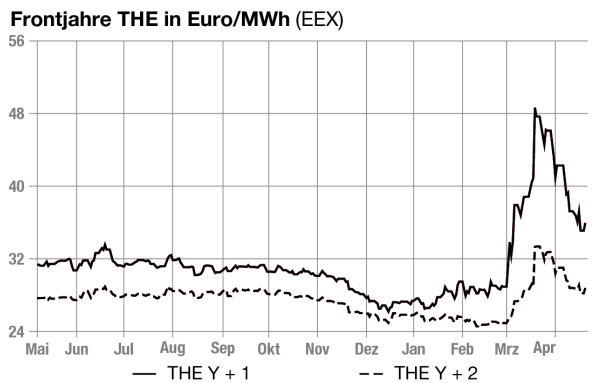
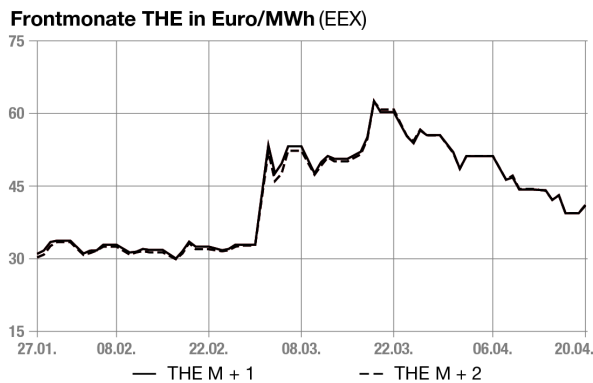
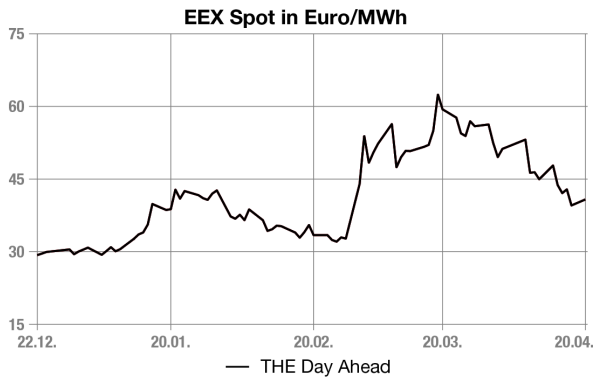
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

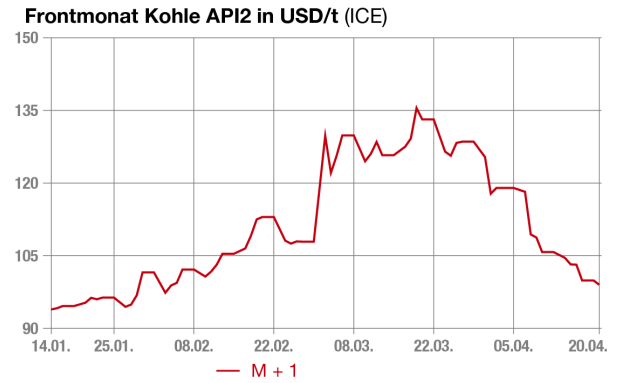
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	20.04.26	German THE Gas Mai-2026	40,94
M2	20.04.26	German THE Gas Jun-2026	41,09
Q1	20.04.26	German THE Gas Q3-2026	41,33
Q2	20.04.26	German THE Gas Q4-2026	41,71
S1	20.04.26	German THE Gas Win-2026	41,52
S2	20.04.26	German THE Gas Sum-2027	34,05
Y1	20.04.26	German THE Gas Cal 2027	35,94
Y2	20.04.26	German THE Gas Cal 2028	28,78



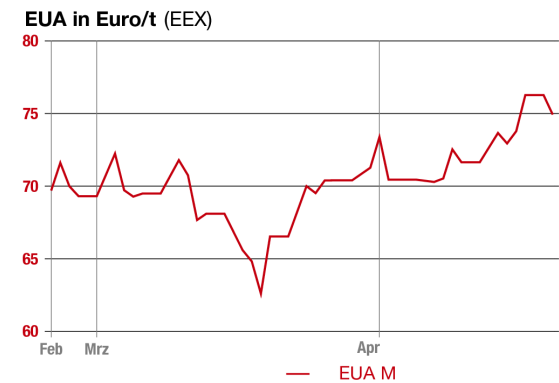
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	20.04.26	82,57	EUR/MWh
Germany Spot peak	20.04.26	50,79	EUR/MWh
EUA Mai	20.04.26	74,93	EUR/tonne
Coal API2 Mai 2026	20.04.26	99,00	USD/tonne



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	20.04.26	40,79	EUR/MWh
German THE Gas Mai-2026	20.04.26	40,94	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	20.04.26	35,94	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jun-2026	20.04.26	95,48	USD/tonne



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

vor 2 h



Teamleiter im Bereich Erneuerbare Energien (m/w/d)

Eine Aufgabe, die herausfordert Sicherstellen des operativen Geschäftes - Ressourcen einplanen, Aufg...

in Demmin

vor 2 h

● Projektleitung ● Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Homeoffice / Weiterbildung / Kantine



Elektromeister:in / Ingenieur:in Fahrstromtechnik (d/m/w)

Elektromeister:in / Ingenieur:in Fahrstromtechnik (d/m/w) WIR BEWEGEN MENSCHEN Als Verkehrsdi...

in Frankfurt am Main

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung



Dachdecker (m/w/d) für Modulmontage / Photovoltaik-Anlagen

Die Solartechnik Ebbes GmbH ist ein innovatives Unternehmen im Bereich moderner Energiesysteme i...

in Nordkirchen

vor 2 h

● Vorstand/Geschäftsführung ● Ausbildung / Freie Mitarbeit



Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie (m/w/d)

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unseren Standort Leipzig: Facharzt für Mikrobiologie, ...

in Leipzig

vor 2 h

● Spezialist

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

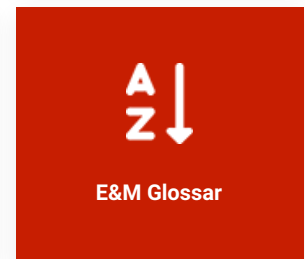
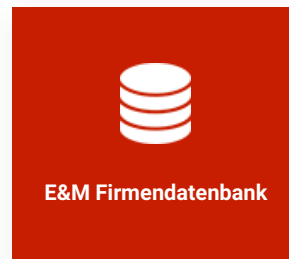
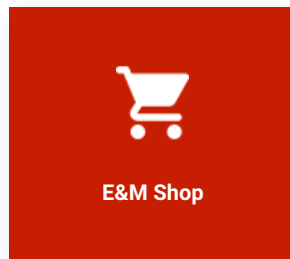
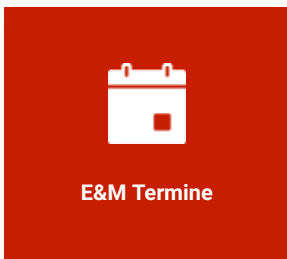
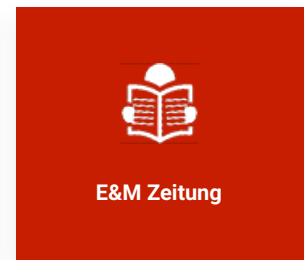
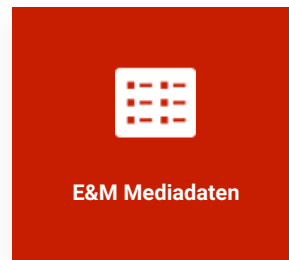
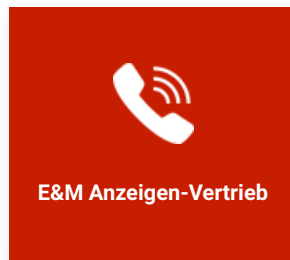
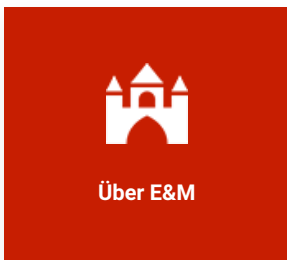
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

